

Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. 8flerr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 25 August.

Die Rede Jacoby's im preussischen Abgeordnetenhaus hat mit Recht ein gewisses Aufsehen erregt und wir haben dieser Rede gegenüber Position zu nehmen.

Doch theilen wir zunächst die Rede selbst mit. Nach den Kammerberichten sprach Jacoby, zunächst anknüpfend an den von anderer Seite laut gewordenen Wunsch, man möge in der Adressdebatte eine möglichst große Uebereinstimmung der Anschauung an den Tag treten lassen, wie folgt:

Meine Herren, ich bedaure es, dem zuletzt ausgesprochenen Wunsche des Hrn. Reichert nicht genügen zu können. Gestatten Sie, daß ich — dem Adressentwurf gegenüber — offen und unumwunden meine abweichende Ueberzeugung ausspreche. Sollte vielleicht dies Anstöß erregen, so bitte ich im Voraus um Ihre Vergebung — jedenfalls liegt mir die Absicht fern, irgend Jemandem verlegen zu wollen. M. H., der Adressentwurf preist die Waffenthat des preussischen Heeres und spricht die Hoffnung aus, „ein politisch geeintes Deutschland“ werde die Folge der erfochtenen Siege sein. Auch ich, m. H., anerkenne in vollem Maße die heldenmüthige Tapferkeit des Heeres, sowie die Großthatigkeit der kriegerischen Erfolge. Allein in den freudigen Siegesruhm der Regierungspartei vermag ich nicht einzustimmen. Die Volkspartei hat nach meiner Ansicht weder ein Recht dazu, noch einen triftigen Grund (lebhafter Widerspruch) — kein Recht, denn der Krieg ist ohne, ja gegen den Willen des Volkes unternommen (Widerspruch), keinen triftigen Grund, denn nicht der Volkspartei, nicht der Freiheit kommt der erungene Sieg zu Gute, sondern dem unumschränkten Herrschertum, der Machtvollkommenheit des obersten Kriegsherrn. (Große Unruhe und Murren rechts.) M. H., seit einem Vierteljahrhundert kämpfe ich für den Rechts- und Verfassungsstaat, für bürgerliche und staatliche Freiheit. Sie werden es mir schon zu Gute halten, wenn ich auch heute mich dazu nicht verstehen kann, an die Ereignisse der Gegenwart einen andern Maßstab anzulegen, als den allgewohnten der Freiheit. Thue ich dies aber, so muß ich meine innige, aufrichtige Ueberzeugung dahin aussprechen, daß der eben beendete Krieg, gegen Deutsche geführt, im Bunde mit einer fremdländischen Macht — trotz aller Siege des tapferen Heeres — dem preussischen Volke weder zur Ehre (Anhaltendes Murren), noch dem gesammten deutschen Vaterlande zum Heile gereicht. (Erneuter Widerspruch.) M. H., ich weiß sehr wohl, daß Sie einer andern Ansicht sind (Auf: Ja, ja!), aber Sie werden billigerweise mir das Recht einräumen, meine entgegengesetzte Ueberzeugung hier anzusprechen; Sie werden zugeben, daß es in der mildesten und schonendsten Weise geschieht. (Geisterleit rechts.) M. H., das Urtheil der Gegenwart über sich selbst ist nicht immer ein unbefangenes; eine spätere Zeit erst wird darüber zu entscheiden haben, ob die Tage von Biaritz für Preußen ehrenvoller gewesen, als der Tag von Nimitz. (Verwunderung rechts.) Ein „politisch geeintes Deutschland“, so hofft der Adressentwurf, werde die Folge des Krieges sein. Ich kann diese Hoffnung nicht theilen. Ich glaube vielmehr, daß der Ausschluß Oesterreichs, daß heißt, die Ausstoßung von Millionen deutscher Brüder aus dem

gemeinsamen Vaterlande, daß die Spaltung Deutschlands durch die Mainlinie, beiläufig ein Plan, den die preussische Kabinets-Politik bereits seit dem Jahre 1822 verfolgt, daß mit einem Worte die Verwirklichung des kleindeutschen Ideals, eines Drittel- oder Zweidrittel-Deutschlands unter preussischer Herrschaft — uns von dem ersehnten Ziele deutscher Einheit und Freiheit weiter entfernt, als selbst der frühere Bundesstag und die vor dem Kriege vorhandenen Zustände. (Murren rechts.) Die Sprache des Schwertes — ich gebrauche die Worte des Staatsministers v. Schön — die Sprache des Schwertes drückt nur die Unklarheit des Begriffes aus; ehe dieser aber zur Klarheit gebräutet, ist an eine befriedigende Entwicklung konkreter Verhältnisse nicht zu denken. Meine Herren! Täuschen wir uns doch nicht über die politische Bedeutsamkeit kriegerischer Erfolge. Mögen immerhin andere Völker Europa's auf dem Wege der Gewalt durch eine Art Blut- und Eisenpolitik zu ihrer staatlichen Einheit gelangt sein, das deutsche Volk, eine tausendjährige Geschichte bezeugt es, hat von jeher solchen Einigungsversuchen erfolgreich Widerstand geleistet. Zwangseinheit, Einheit ohne Freiheit ist eine Sklaveneinheit, die weder Werth hat, noch Bestand, am allerwenigsten aber kann man sie, wie es in der Adresse geschieht, als eine Vorstufe zur Freiheit betrachten. Der Herr Ministerpräsident selbst hat Ihrer Kommission erklärt: Vor Allem kommt es darauf an, die Hausmacht Preußens zu stärken. Dem specifisch-preussischen Sonderinteresse mag dies vielleicht entsprechen, vom deutschen Standpunkte, d. i. vom Standpunkte der Freiheit aus kann ich die Stärkung preussischer Hausmacht durch Zwangserwerb deutschen Landesgebiets, die Ausbreitung des Militärstaats Preußens über ganz Norddeutschland, nicht als ein glückverheißendes Ereigniß begrüßen. Dauert in Preußen das bisherige Regierungssystem fort — bis jetzt ist von einer Veränderung kaum etwas zu merken — dann würde die künftige Neugestaltung Deutschlands sich zu der früheren Zersplitterung und Ohnmacht nicht anders verhalten, als wie zu Krankheiten der Tod. Endlich, meine Herren, in Bezug auf die inneren Staatsverhältnisse spricht der Adress-Entwurf die Erwartung aus: der seit vier Jahren bestehende Verfassungs-Conflikt werde durch die kriegerischen Ereignisse und in Folge der von den Ministern geforderten Indemnität seine Erlebigkeit finden. Das hohe Haus wick bei Prüfung der Indemnitätsvorlage Gelegenheit finden, darüber sich auszusprechen. Ohne dem vorgreifen zu wollen, beschränke ich mich hier auf eine kurze Bemerkung. Für Staatsüberschreitungen, für einzelne ungesetzliche Maßregeln der Regierung kann die Volksvertretung Indemnität ertheilen; für ein Jahre lang fortgeführtes, verfassungswidriges, budgetloses Regierungssystem giebt es in einem constitutionellen Staate keine Indemnität zumal wenn die Träger dieses Systems nach wie vor im Rathe der Krone verbleiben und nicht einmal eine Bürgschaft geboten wird, welche die Wiederkehr der budgetlosen Staatswirtschaft zur Unmöglichkeit macht. Meine Herren! die nationalen Wünsche und Bestrebungen, welche von der Regierung selbst anregert, im Augenblicke die öffentliche Meinung fast ausschließlich beherrschen, haben ohne Zweifel ihre volle Berechtigung; nur darf man darüber nicht vergessen, daß es die ewigen Grundzüge des Rechts, der Gerechtigkeit, der Freiheit sind, von denen allein die Wohlfahrt der Völker abhängt. (Sehr gut.) Nur im Dienste des Rechts und der Freiheit darf die Fahne des Nationalitäts-Princips erhoben werden. (Sehr gut.) In den Händen eines Pontifex Napoleon und seines

gleichen dient sie nur zur Beirung und zum Verderben der Völker. (Bravo links. Bisken rechts.)

Wie sollte diese Rede nicht unsere Bewunderung erwecken!

Wir sehen die Fortschrittspartei, die Partei des liberalen Bürgerthums in Preußen, unter der Wucht der Ereignisse mit ihrer ganzen Vergangenheit brechen; wir sehen sie, gebeugt von den Erfolgen der ihr feindlichen monarchisch-absolutistischen Partei, ihren seit Jahren mit Heftigkeit verfolgten Standpunkt verlassen — wir sehen sie innerlich und äußerlich aus Rand und Band gehen — wir sehen sie, mit Einem Worte, demüthig und schmeichelnd zu den Füßen eines Ministers liegen, welchen sie bisher, bekämpft hatte, solchen Kampf als heiligste Volks- und Vaterlandspflicht hinstellend.

Und inmitten dieses Zustandes verzweifelnder Fahrenflucht und wirrer Aufzählung hören wir die markige Stimme eines Mannes ertönen, der, unbeitr von dem wichtigen Eindrucke des Stückes Weltgeschichte, das vor seinen Augen gespielt, unbeitr von Verrath und Abfall im eigenen Lager, den alten Ruf der Freiheit erhebt — den Kampfruf seines ganzen, langen Lebens.

Wer wollte zweifeln, daß wenn die politischen Männer des deutschen Bürgerthums Johann Jacoby gleichen — wer wollte zweifeln, daß wir Herr würden über den Absolutismus und seinen Anhang trotz aller seiner festgewurzelten Macht?

Wer möchte bezweifeln insbesondere, daß, wenn jener Geist im liberalen Bürgerthum lebendig wäre, eine selbstständige Arbeiterpartei in Deutschland vorerst unnöthig gewesen sein würde?

Aber nicht so steht die Sache — was half Cato dem entarteten Rom? — wie könnte die Stimme eines einzigen Mannes dieses entartete Bürgerthum für Freiheit und Menschenwürde begeistern?

Eine Charaktererscheinung wie Johann Jacoby ist ehrenwürdig und bewundernswerth und mit Befriedigung nehmen wir wahr, daß auch die gegnerischen, die reactionären Blätter, ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen. Aber den Gang der Ereignisse können solche vereinsamte Erscheinungen nicht ändern.

Lassalle hat das innerste Geheimniß der Ohnmacht der heutigen Bourgeoisie aufgedeckt; er hat nicht nur, wie Viele vor ihm thaten, jedoch in ungleich kräftigeren Zügen die Ohnmacht und Feigheit der liberalen Bourgeoisie dargestellt; er hat, was vor ihm Keiner mit solcher Genauigkeit gethan, zugleich nachgewiesen, daß und warum die liberale Bourgeoisie heute so sein muß.

In seinem „Arbeiterlebensbuch“ sagt Lassalle: „Die bloß politische Freiheit kann heute nicht siegreich erkämpft werden, weil kein materielles Interesse, weil kein Classeninteresse und somit keine Classe hinter ihr steht.“

Wer steht denn mit Energie und Aufopferung hinter der politischen Freiheit? Wer?

Ich, und noch etwa tausend Ideologen in Deutschland.

Unter Ideologen verstehe ich in diesem Augenblicke alle Solche, die ihr Leben in Büchern gelebt haben und gewohnt sind, in Ideen und Gedanken zu existiren und Alles für sie aufzuopfern. Außer diesen Ideologen vielleicht noch, wenn es hoch kommt, 10 oder 15 Tausend Menschen, zerstreut über ganz Deutschland, die, ohne Ideologen zu sein, durch ihr Naturell mit einer so heißen Liebe für die Freiheit begabt sind. Was kann diese Handvoll Menschen? Aber welche Classe steht hinter der politischen Freiheit? Keine!

Die liberale Bourgeoisie liebt freilich die Freiheit, aber sie liebt sie, wie man ein Ornament im Zimmer, wie man einen schönen Schmuck liebt; kann man ihn haben, ist es gewiß besser; kann man ihn nicht haben, ist es auch gut! Man geht dafür weder ins Wasser noch ins Feuer.

Die Hauptsache für die Bourgeoisie bleiben die materiellen Interessen, Handel und Wandel, Industrie und Production; aber alle diese erfordern diese Ruhe und ernste Kämpfe für die Freiheit würden diese Ruhe momentan nur gefährden. Und so begibt sich die liberale Bourgeoisie noch viel lieber der politischen Freiheit, als daß sie durch einen ersten Kampf die Ruhe und dadurch ihre materiellen Interessen gefährdet.

Wer also, welche Classe steht denn hinter der politischen Freiheit? Der Arbeiter vielleicht? Ja, für einige Wochen, für einige Monate freilich, in Folge seines warmen und edelmüthigen Gefühls! Und so kann und wird er auch immer von Neuem, wie im März 1848, momentane Schlachten für sie schlagen und momentane Siege für sie erringen. Aber auf die Dauer kann auch er nicht hinter der bloß politischen Freiheit ausharren! Dieß ist unmöglich.

Die Sorgen für seinen Taglohn, für seine und seiner Familie Existenz nehmen ihn zu sehr in Anspruch; er kann von der bloß politischen Freiheit nicht satt werden, und so muß er zuletzt ermatten und auf die Dauer die Dinge gehen lassen, wie sie eben gehen.

Ein „Ideologe“ im Sinne Cassalle's ist Jacoby, d. h. ein Mann, der die Kraft und die Thätigkeit seines Lebens einer großen Idee um ihrer selbst willen, der Idee der Freiheit, gewidmet? Aber wie viele solcher Ideologen zählt das liberale Bürgerthum unter seinen Führern, unter allen seinen Gliedern? Bis jetzt haben wir nur von Johann Jacoby gehört.

Nein! Dies gerade giebt der social-demokratischen Partei ihre Existenzberechtigung, daß die Freiheitsfrage, diese größte und edelste unter den Fragen in der menschlichen Gesellschaft, nicht mehr auf directem, sondern nur auf indirectem Wege — durch das materielle Interesse des vierten Standes hindurch — ihre Lösung finden kann; daß die politische Bewegung in Europa mäßig und altersschwach ist und mehr und mehr der social-politischen Bewegung Platz machen muß.

Nicht Jacoby, nicht dieser erste Mann mit ehernem Willen ist der wahre Repräsentant unseres heutigen Bürgerthums — seine wahren Vertreter sind der blumenstrauchgeschmückte Ausreißer von Berviers und die Männer der Nationalzeitung.

Da sind die entscheidenden Elemente — die einsame Stimme eines Jacoby kann unser Urtheil über die liberale Bourgeoisie nicht umändern — an die Arbeiter, an den enterbten vierten Stand wendet sich Jacoby, wenn er noch etwas wirken will — in seiner jetzigen Vereinsamung verhalten seine Worte wirkungslos. Das Bürgerthum wendet sich von ihm ab, weil er Demokrat ist — die Arbeiterklasse kann ihm nicht zulauschen, da er nicht socialer Demokrat ist.

Nicht nur von der Freiheitsfrage, auch von der deutschen Einheitsfrage hat Jacoby gesprochen.

Wir können seinem Urtheil nicht bestimmen — oder vielmehr: wir glauben, daß sein Urtheil leicht ein Mißverständnis hervorrufen.

„Ich kann mich über die Siege Preußens nicht freuen“. Wir stimmen zu, wenn damit gesagt sein soll, daß es schwer zu bedauern bleibt, daß von dynastischer Seite, nicht durch selbstständige und vollstbümmliche Erhebung der deutschen Nation die Herstellung der deutschen Einheit begonnen worden. Wir waren die Ersten, die es aussprachen, daß

durch die Schuld der Bourgeoisie, welche die dynastischen Interessen in die nationale Agitation hineinzog, die Begründung einer großen und kräftigen, über ganz Deutschland verbreiteten radicalen Partei verhindert wurde. Nur eine solche radicale Partei vermochte ja den Dualismus in Deutschland zu Gunsten der Volksherrschaft zu brechen!

Aber es ist nicht so gekommen; entscheidende Ereignisse haben stattgefunden; wir können die Weltgeschichte nicht rückgängig machen.

Die beiden Großmächte Deutschlands haben um die Beherrschung unseres Vaterlandes gekämpft — der Sieg war bei Preußen — es giebt fortan nur noch eine deutsche Großmacht.

Dies ist nicht die Lösung, die wir wollten — aber es ist eine Lösung — und diese Lösung ist thatsächlich da.

Wenn aber einmal die Sache so lag, daß die Frage nur noch zwischen Oesterreich und Preußen stand, nicht mehr zwischen der Nation und diesen, so müssen die liberalen Elemente Deutschlands, muß insbesondere die Arbeiterklasse sich freuen, daß die Preußen vor Wien und nicht die Oesterreicher vor Berlin standen. Man verstehe uns recht: Daß die Frage nur zwischen Habsburg und Hohenzollern stand, dies war tief zu bedauern und nicht uns, die neue, kaum gegründete Arbeiterpartei trifft die Schuld. Aber nachdem einmal die Frage thatsächlich so lag, war es besser Preußen siegte als Oesterreich.

Was hätte ein Sieg Habsburgs uns gebracht?

Die erneute Bundeswirthschaft mit der alten Schwäche und Wehrlosigkeit Deutschlands dem Auslande gegenüber, mit den lächerlich kleinlichen Zuständen im Innern; dazu Jesuitenthum, eisernen Druß und entnervende Corruption.

Wir wissen wohl, daß auch was Preußen uns bringt des Guten nicht allzuviel ist, aber hier ist doch Hoffnung zu Besseren und darauf gerade, diese Hoffnung zu verwirklichen, muß die Agitation aller demokratischen Elemente in Deutschland sich jetzt richten.

Nein, wir sind nicht weiter von der deutschen Einheit entfernt, als zur Zeit der Bundeswirthschaft. Denn Eines haben wir unzweifelhaft errungen: daß der Dualismus in Deutschland und damit unsere Ohnmacht nach außen ohne Einmischung des Auslandes gebrochen wurde.

Dyue Einmischung des Auslandes — das ist viel, mehr fast, als man erwarten durfte.

Den Dualismus sind wir los, wir haben es nur noch mit Einer Regierung zu thun. Diese Eine Regierung im vollstbümmlichen Geiste zu beeinflussen, dies nur, so unangenehm solches dieser Regierung auch sein mag, kann jetzt die nationale Aufgabe sein.

Freilich wagen wir in dieser Beziehung für's Erste wenig zu hoffen, weil die Bourgeoisie ohnmächtig, die Partei des vierten Standes noch nicht genügend erstarkt ist. Aber es wird die Zeit kommen, wo diese Partei der Zukunft die Ausschlag gebende Partei der Gegenwart ist. —

R u n d s c h a u.

Berlin, 23. August.

Die vollständige Herstellung des Friedens in Deutschland vollzieht sich immer mehr. Die Verhandlungen mit Oesterreich sind dem Abschluß nahe. Die „Bohemia“ berichtet darüber unter dem 21. d. M.

„Die Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens hielten gestern eine dreistündige Conferenz im „Englischen Hof“. Zur definitiven Beendigung des Friedenswerkes zwischen Oesterreich und Preußen handelt es sich nur noch um Auffindung der Form, um auch ohne den gleichzeitigen Friedensschluß zwischen Oesterreich und Italien, dem Könige von Preußen Garantien zu bieten, daß seinem Allirten der Besitz Venetiens gesichert sei. Die noch bestehenden Differenzen mit Italien laufen in die Geldentschädigung und Uebernahme eines Theiles der Staatsschuld aus, da die Vereinigung Venetiens mit dem bisherigen Besitzthume Italiens überhaupt nicht mehr in Frage gestellt ist. Das Auskunftsmitel, welches geeignet ist, Preußen einer weiteren Verpflichtung gegen Italien zu entheben, soll nun zwischen den beiden Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens in der gestrigen Conferenz präzisirt und sofort den beteiligten Regierungen mitgetheilt worden sein, und es darf als ziemlich fest-

stehend betrachtet werden, daß unmittelbar nach Eintreffen der Zustimmung Italiens die Unterzeichnung des, bis auf die schwebende italienische Frage, ganz beendeten Friedens-Instrumentes erfolgen wird. Es dürfte demnach derselben zu Ende dieser Woche oder längstens in der ersten Hälfte der künftigen mit einiger Gewißheit entgegen zu sehen sein. Wie wir hören, arbeiten in zwischen hier anwesende Militär-Bevollmächtigte Oesterreichs und Preußens mit großem Eifer an den Vereinbarungen wegen möglichst schneller Räumung der okkupirten österreichischen Gebietstheile und zwar mit beide Theile befriedigendem Erfolge. Die Räumung selbst glaubt man jedoch trotz des besten Willens nicht in der nach Ratifikation des Friedensvertrages vorher festgesetzt gewesenen 14 Tagen bewerkstelligen zu können und es mußte österreichischerseits nöthigenfalls eine Verlängerung dieser Frist um mehrere Tage zugelassen werden. Dieses Zugeständniß will die preussische Regierung dadurch kompensiren, daß sie sich bereit erklärt, einen Theil ihrer Truppen sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages, daher noch vor dessen Ratifikation aus Oesterreich herauszuziehen.“

Nach der „Nordb. Allg. Ztg.“ würde die Räumung des österreichischen Gebietes von den preussischen Truppen bis zum 15. September eine vollendete Thatsache sein. Mit Baiern ist der Friede am 22. unterzeichnet worden. Ueber die allmähliche Milderung der preussischen Friedensbedingungen meldet die „Allg. Abend-Ztg.“ aus München vom 20.:

Die früheren Angaben bezüglich der Baiern angebotenen Gebietsabtretung sind jetzt dahin zu berichtigen, daß Preußen seit gestern von seinen ermäßigten Forderungen noch nachgelassen hat, da der Großherzog von Hessen auf die ihm zugedachten Entschädigungen zu Gunsten Baierns verzichtet. Preußen verlangte gestern noch eine unbedeutende Strecke Unterfrankens, dann das Kulmbacher Gebiet und die ganze Landspitze von Kulmbach bis Hof, dieses mit eingeschlossen, so wie 15 Millionen Thaler Kriegsentchädigung. Ob es Herru v. d. Pförden gelingen wird, noch günstigere Friedensbedingungen zu erlangen, steht dahin.“

Diese Nachricht ergänzt dann die offizielle „Bair. Ztg.“ vom 22., indem sie berichtet:

Die Unterzeichnung des Friedens zwischen Bayern und Preußen erfolgt heute in Berlin. Die Kriegskosten-Entschädigung ist erhöht (von 15 auf 30 Millionen Gulden); dagegen ist es gelungen, die Gebietsabtretungen auf ein nicht beträchtliches Maß zurückzuführen.

Mit Darmstadt ist der Friede noch nicht unterzeichnet. Nach Mittheilung der „S. L. Z.“ bleibt mit Ausnahme des sogenannten Hinterlandes, der Herrschaft Itter, dem Schwalbgrunde und Breidenbach u., die Provinz Oberhessen beim Großherzogthum, wofür dasselbe aber durch andere Bezirke, u. a. das Soolbad Nauheim, entschädigt werden soll; das Großherzogthum tritt aber ganz dem norddeutschen Bunde bei. Als Kriegsentchädigung für die sieben Millionen Gulden soll das Oberamt Meisenheim an Preußen abgetreten werden. — Der Zollvereins-Vertrag vom 16. Mai 1865 und die mit demselben in Verbindung stehenden Vereinbarungen werden denjenigen deutschen Regierungen gegenüber, welche sich mit Preußen im Kriege befanden, mit einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist fortbestehen, so daß die Existenz des bisherigen Zollvereins nur zunächst für ein halbes Jahr gesichert erscheint. Die Annahme, daß Preußen nur den süddeutschen Staaten gegenüber diese beschränkte Fortdauer des Zollvereins wegen der Konstituierung des norddeutschen Bundes zur Geltung bringt, ist nicht begründet. Auch Sachsen steht im Zollverein auf Kündigung, und es ist naheliegend, daß sein Verbleiben in demselben nur dann gesichert ist, wenn seine Regierung sich zu den billigen und nothwendigen Forderungen Preußens nicht abweisend verhält. — Ein zur Ueberreichung an den König von Preußen aus Hannover bestimmte Adresse, welche den Wunsch der Beibehaltung der welfischen Dynastie unter Beschränkung ihrer Fürstenrechte ausdrückt, ist ungeachtet aller Hindernisse, die ihrer Verbreitung von der preussischen Verwaltung entgegengesetzt wurden, wie die „A. A. Z.“ berichtet, mit 30,000 Unterschriften versehen und nach Berlin abgeschickt worden. — Der König der Niederlande, als Großherzog von Luxemburg, ließ, wie Mittheilungen aus dem Haag versicherten, jüngsthin zur Kenntniß der preussischen Regierung bringen, daß er dem Vorschlage für Anschluß des Großherzogthums Luxemburg an den norddeutschen Bund seine Zu-